

Der Skandal von Bergkamen: Ganz schön Kohlen für die Kohle

13. Mai 1977, 8:00 Uhr

[Aus der ZEIT Nr. 21/1977](#)



Ganz schön Kohlen für die Kohle – Seite 1

Wie drei clevere Studenten durch den Umweltschutz zweieinhalb Millionen Mark verdienten

Von Wolfram Runkel

Im neuen, teuren, mit vierhundert Zuschauern überfüllten Bergkamener Ratstrakt standen drei 23jährige Studenten, Wolfgang Witt, Lothar Knäpper und Ulrich Klemm, vor dem Tribunal.

Sie hatten der Essener Steinkohle-Elektrizitäts-AG ([Steag](#)) 2,5 Millionen für sich selber und für die Stadt abgetrotzt und waren tollkühnerweise auf der Ratssitzung erschienen, auf der Stadtdirektor Brüggemann wegen seiner Vermittlung und Unterschrift unter den 2,5-Millionen-Vertrag getadelt werden sollte. Das kam der SPD-Fraktion und den von Betriebsräten mobilisierten Kumpels gerade recht. Paradoxerweise wurde am Ende Vertragsstifter Brüggemann von den 30 SPD-Ratsmitgliedern (gegen 13 von der CDU und zwei von der FDP) entlastet, aber die Verträge sollten "zum Vorteil der Allgemeinheit" geändert werden.

Der Reihe nach ernannten die *SPD-Sprecher* die drei Studenten zu Schuldigen, "Leuten, die auf Kosten der Allgemeinheit studieren und 3000 Arbeitsplätze aufs Spiel setzen". SPD-Fraktionsvorstandsmitglied Werner Knäpper zeigte mit dem Finger auf Witt und seinen Namensvetter Knäpper rief: "Da stehen sie!"

Sie standen am Pranger, beschossen von blitzenden Kameras, beschimpft von der wütenden Menge. Sie ließen jedoch den Tumult so ruhig, so cool über sich ergehen, wie sie wohl auch mit den Vorstandsmitgliedern der Steag über Millionenbeträge verhandelt haben.

Wer sind die Schuldigen?

Ganz schön Kohlen für die Kohle – Seite 2

Sind sie "Schuldige"? Bergkamen, 48 500 Einwohner, ist ein geographisch völlig zerfranstes Gebilde von sechs Ortsteilen, die verbunden sind durch riesige schwarze Schutthalden, Zechen, durch Rauch- und Schwefelwolken und drei verschiedene Fernsprech-Vorwahlnummern. Es gibt eine ungewöhnlich häßliche Beton-"City", in der sich vorwiegend Gastarbeiter bewegen, das

schniecke, neue, teure, siebenstöckige Rathaus nebst Ratstrakt und am Datteln-Hamm-Kanal und am Beversee einen wahrhaft romantischen Mischwald, "für den andere Städte Millionen bezahlen würden" (CDU-Fraktionschef [Herbert König](#)).

Von diesen Wäldern soll der größere Teil im Herbst dem neuen Kraftwerk und neuen Halden weichen. Landschaftlich zerfranst und politischwirtschaftlich verfilzt: Von den 30 SPD-Abgeordneten ist die Hälfte direkt mit dem Bergbau verbunden. Von den 47 Beamten in der Verwaltung gehört nur einer zur [CDU](#).

Die Stadt litt zunehmend unter der Monostruktur und der *ungewissen* Zukunft der Kohle, von der sechzig Prozent der Erwerbstätigen direkt und noch mehr als Zulieferer abhängig sind. Da entdeckte der Stadtdirektor 1972 eines Tages das Kohle-Ei des Kolumbus. Ein Kraftwerk sollte Absatz für die Kohle, zusätzliche Mengen Gewerbesteuern und Wirtschaftsaufschwung für die Stadt bringen. Er nahm Kontakt auf mit der Steag, die zu jener Zeit gegen die Bürger des niederrheinischen Voerde um ein Kohlekraftwerk gekämpft und vor Gericht verloren hatte.

Die Steag beschied Brüggemann positiv, die Vorbereitungen. begannen. Es begab sich, daß die Ruhrkohle AG, Mutter der Steag, die Stilllegung der Kamener Monopolzeche ankündigte, auf die Proteste der dreitausend betroffenen Kumpels hin jedoch mitteilte, daß die Anlage wieder geöffnet werden könnte, wenn in nächster Nähe ein Kohlekraftwerk den Absatz garantierte.

Am 1. Mai 1973 demonstrierten, von SPD-Fraktions- und Monopol-Betriebsratsmitglied Erhard Dresemann organisiert, die Kumpels mit Transparenten: "Bergkamen braucht ein Kohlekraftwerk."

Anderer Meinung waren die für Stromabnahme zuständigen Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens ([VEW](#)), die den Strom nicht haben wollten, und einige Bewohner der Ortsteile Heil und Rünthe, die das Kraftwerk vor die Nasen und vor die Augen gesetzt bekommen sollten.

Als Anfang 1976 der Bau der zweimal 747-Megawatt-Blöcke (Kosten 1,4 Milliarden Mark) bekanntgegeben wurde, bildete sich unter Leitung jener drei Studenten eine "Initiative gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks".

Ganz schön Kohlen für die Kohle – Seite 3

Sie sammelten eine Schar von 225 Kraftwerkgegnern um sich und konterten die technischen Planfeststellungsverfahren und Bebauungspläne mit Einwendungen und Alternativvorschlägen. Sie widersprachen den Gutachten des TÜV, wonach angeblich die Emissionen und der Lärm außerhalb eines Eintausend-Meter-Kreises um das Werk unter dem Limit lägen.

Gegen die Initiative wehrten sich jene, die 3000 Arbeitsplätze, die nur durch dieses Kraftwerk zu retten waren, erhalten sehen wollten. Zwar wurde diese Alternative sowohl von der CDU wie vom Lokalblatt *Hellweger Anzeiger* und sogar vom Ruhrkohle-Vorstandsmitglied Klaus Schucht ("auch ohne Kraftwerk, Bergkamen ist monopolgesichert") und vom VEW-Vorstand Niehage widersprochen; aber die Bevölkerung Bergkamens, zu mehr als sechzig Prozent kohleabhängig, befand: "Wer gegen das Kraftwerk ist, ist gegen die Arbeiter."

Es bildete sich eine Gegeninitiative, die 10 000 Unterschriften sammelte; SPD-Mitglieder der Heiler Initiative wurden unter Druck gesetzt, die parteilosen Sprecher Witt, Knäpper und Klemm erhielten Drohbriefe.

Auch die CDU, die wenigstens das Naturschutzgebiet am Beversee retten konnte, das die Stadt gerade erst gekauft hatte, wagte es nicht, die Initiative zu unterstützen. Ebenso wenig wie die [SPD](#) kam sie auf die Idee, wenigstens die unmittelbar Betroffenen durch Entschädigungsangebote nachgiebig zu machen. Angesichts der dreitausend Arbeitsplätze seien die Belästigungen durch das Kraftwerk "zumutbar".

Die Initiative jedoch beharrte auch bei den öffentlichen Anhörungsverfahren auf ihrem Standpunkt: "Kein Kernkraftwerk in Bergkamen." Sie legte Widerspruch ein gegen die Bauerlaubnis des Gewerbeaufsichtsamtes.

Mitte Februar meldete sich dann die Steag bei den drei Sprechern: Ob man sich denn nicht außergerichtlich einigen könne? Es waren nüchterne Kaufmannsüberlegungen, die die "Jungs" (Pastor Joerdens, der sie von klein auf kennt), "die ja auch Kinder unserer Zeit sind, in Versuchung brachten".

Der harte Kern blieb übrig

Ganz schön Kohlen für die Kohle – Seite 4

Am 23. Februar jedenfalls rannten die drei Studenten von Initiative-Unterstützer zu Initiative-Unterstützer und forderten von jedem binnen 24 Stunden die Entscheidung, ob er bei der Stange bleiben wolle oder nicht. Die Befragten wurden darauf hingewiesen, daß es vielleicht Entschädigungen geben könne, daß aber auch Prozeßkosten bis 2000 Mark pro Tasche drohten. Die meisten waren schon wegen des Kumpeldrucks, schließlich ging es um dreitausend Arbeitsplätze, sich ihrer Sache nicht mehr so sicher; andere wurden von den angeblich drohenden Prozeßkosten abgeschreckt. Es bleiben der harte Kern von 72, darunter allein 16 Mitglieder der Haushalte Witt, Knäpper, Klemm.

Für den harten Kern verhandelten die Studenten. Und die Stadt mit Direktor Brüggemann und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Avemann trat den Verhandlungen bei. Am 12. März kam es um drei Uhr morgens zur Einigung, die Brüggemann billigte und mitunterschrieb. Die Steag zahlte

- 1,5 Millionen an die Initiative (20 000 pro Mitglied, 40 000 für die drei Jünglinge wegen ihrer "besonderen Belastungen"),
- 400 000 an die restlichen Heiler Bürger,
- 600 000 an die Stadt, die diese Gelder für Infrastruktur zur Verfügung stellen muß.

Schließlich ist die Steag verpflichtet, "allen Heiler Bürgern bei Umzugswünschen behilflich zu sein".

Trotz dieser Vorteile für alle herrscht in der ganzen Stadt, ja im ganzen Land helle Empörung über die drei "Erpresser" (gegen die inzwischen eine Strafanzeige läuft), nachdem der *Hellweger Anzeiger* die Öffentlichkeit über die Verträge informiert hatte. Die beiden Lokalredakteure Hinz und Larm, die sich bald zu Bergkamener "Bernstein-Woodward-Entlarvern" emporstilisierten, brachten Tag für Tag neue Enthüllungen, echte und Pseudo-Skandale ans Licht.

Am meisten empört waren freilich die Heiler Bürger, die, einst Mitkämpfer der Initiative, zurückgetreten waren und nun leer ausgingen. Ihr Zorn richtete sich nicht gegen die, die sie wegen

der angeblich bedrohten Arbeitsplätze aus der Initiative herausgedrängt hatten, die örtliche SPD nämlich, sondern gegen die, die das Geld bekommen sollten, die einfach cleverer, selbständiger gehandelt hatten, gegen die Erfolgreichen, die "Erpresser".

"In Wahrheit", so sagt Witt heute, "sind wir immer noch gegen das Kraftwerk, aber wir haben uns eben schließlich auch wegen der angeblich gefährdeten Arbeitsplätze mit Entschädigungen zufriedengegeben."

Ganz schön Kohlen für die Kohle – Seite 5

Werden die von der Steag auf ein Sperrkonto der Bank für Gemeinwirtschaft eingezahlten 2,5 Millionen an die Betroffenen ausgezahlt oder nicht? Die SPD-Leute, die den Vertrag mitunterschieden haben, wollen die Auszahlung mit allen Mitteln verhindern, um das Geld wieder für die Stadt zu bekommen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Friedrich Karl Schulte, der einerseits "Rücktritt der Stadt- und Steag-Spitzen" forderte, sagte in Gegenwart des ZEIT-Redakteurs zu Witt und Knäpper: "Wenn Sie nicht auf das Geld verzichten, werden wir die Öffentlichkeit so motivieren, daß Sie keinen ruhigen Tag mehr haben!"

Wer wird dem Kraftwerk denn schließlich den Strom abnehmen? Bisher gibt es noch keinen Vertrag. Die VEW, die das Werk zuerst bekämpft haben, wollen jetzt etwa zur Hälfte "einsteigen" und dann auch 50 Prozent übernehmen. Und die anderen 50 Prozent?

Schließlich wollen schon Zeitungsleser, aber auch Pastor Joerdens "eigentlich mal gerne wissen, ob nicht auch der Stadtdirektor Geld bekommen hat", Dieser will sich bis zum 20. Juni nicht mehr im Rathaus sehen lassen.

Der stellvertretende SPD-Ortsvorsitzende von Heil, Dirk Werner, der zu den 72 gehört und deshalb jetzt vor die Wahl gestellt wurde, entweder auf die 20 000 Mark zu verzichten, oder aus der Partei auszutreten, entschied sich für die Kohlen. Er bot seinen Rücktritt an und sagte uns: "Wenn die mir Vorwürfe machen, packe ich aus: Dann werden wirkliche Sensationen der Heiler Affäre bekannt."